

# Die Bedeutung eines Parteiverfahrens für die Erziehung der Mitglieder und der gesamten Parteiorganisation

In der Einleitung zum Statut unserer Partei wird festgestellt, daß die Stärke der Partei „in ihrer Geschlossenheit, in der Einheit des Willens und der Einheit des Handelns“ liegt. Dies ist aber unvereinbar — so heißt es weiter — „mit Abweichungen von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und dem Statut der Partei, mit der Verletzung der Parteidisziplin, mit der Beteiligung an fraktionellen Gruppierungen, mit der Doppeltzüngerei“.

Die Ehre, Mitglied der Partei zu sein, birgt in sich große Verpflichtungen, die im Statut an die Spitze gestellt sind. So wird als erste Pflicht die ständige Erweiterung des politischen Wissens durch das Studium des Marxismus-Leninismus gefordert.

Diese Pflichten verlangen auch von jedem Mitglied, immer und wo es auch steht, ein Vorbild zu sein — politisch, beruflich und im persönlichen Leben. Denn wo ein Mitglied oder ein Funktionär unserer Partei steht, dort verkörpert er die Partei!

Diese große persönliche und gesellschaftliche Verantwortung jedes Mitgliedes muß sich verschmelzen mit einer bewußten Disziplin, die eine Garantie für die Erhaltung der Einheit und Reinheit der Partei ist.

Ein solches ausgeprägtes Verantwortungsbewußtsein jedes einzelnen ist aber notwendig, um in jeder Parteiorganisation, in jedem Organ und in jeder Leitung unserer Partei zu einer kollektiven Verantwortung zu kommen. Alle diese Pflichten werden leicht sein, wenn die Arbeit für die Partei auf der festen Grundlage ihres Entwicklungsgesetzes, der Kritik und Selbstkritik, geleistet wird.

Daraus ergibt sich aber auch zugleich eine sehr wichtige und nicht immer genügend in der Partei beachtete Maßnahme, nämlich „... das Prinzip der Erziehung zu einem höheren Grad des Parteibewußtseins und der Parteidisziplin ...“ anzuwenden. In den „Richtlinien zur Arbeit der Parteikontrollkommissionen und zur Verhängung von Parteistrafen“ (Dokumentente der SED, Folge 33, „Neuer Weg“ Nr. 17/1952) wird gefordert, daß dies bei der Durchführung von Parteiverfahren im Vordergrund steht. Bei kleineren Vergehen — so sagt das Statut — „... sind die Mittel der Parteierziehung und des genossenschaftlichen Einwirkens anzuwenden ...“ aber dort, wo sich Mitglieder und Kandidaten „der Parteierziehung verschließen, sind Parteiverfahren durchzuführen“.

Wenn das Statut und die erwähnten Richtlinien fordern, daß in erster Linie die Mitgliederversammlung die Genossen zur Verantwortung zieht, so vor allem deshalb, weil alle Mitglieder und Kandidaten an dem Beispiel lernen sollen, weil sie das Mitglied in seinem ganzen Verhalten kennen, und weil sie selbst mit ergründen sollen, wo eventuell die Schwächen und Mängel in der gesamten Arbeit der Grundorganisation liegen. Denn, so heißt es in den Richtlinien, es muß erreicht werden, «... daß sowohl das angeschuldigte Parteimitglied als auch die anderen Mitglieder einer Parteiorganisation aus dem untersuchten und diskutierten Fall einer Verletzung der Parteibeschlüsse, des Parteistatuts oder der Parteidisziplin Lehren für das parteimäßige Verhalten von Parteimitgliedern im allgemeinen ziehen ... Die sorgfältige und ernste Durchführung von Parteiverfahren

soll die Parteiorganisation und die Parteimitglieder qualifizieren zur Durchführung der Beschlüsse der Partei, zur Parteilichkeit in ihren Entscheidungen und zu einem hohen Grad von Parteidisziplin erziehen ...“.

Hierbei wird es notwendig sein, daß die Instrukteure bei den Parteileitungen den Grundorganisationen helfen, damit die Rechte der Parteimitglieder gewahrt bleiben und die innerparteiliche Demokratie nicht verletzt wird.

An einigen Beispielen soll gezeigt werden, wie in verschiedenen Fällen solche Entscheidungen getroffen wurden und von übergeordneten Leitungen oder Organen geholfen wurde.

## Durch gründliche Entlarvung überzeugen!

Im VEB Armaturenwerk Bischofswerda mußte das frühere Mitglied unserer Partei Helmut Pietsch zur Verantwortung gezogen werden. Pietsch trat 1947 in die Partei ein, wurde durch sie entwickelt und gefördert, besuchte die Kreispartei-schule, war Delegierter der

5. Landesdelegiertenkonferenz der SED in Leipzig und Mitglied einer Grundkommission zur Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten. Im Betrieb war er Vorsitzender der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft von 1950 bis 1951 und ab 1951 BGL-Vorsitzender. Wie aus einem Schreiben der Grundorganisation an die Kreisleitung hervorgeht, verletzte er zu wiederholten Malen die Parteidisziplin, entwickelte ein Nurengewerkschaftertum, negierte die führende Rolle der Partei und stützte sich besonders auf negativ diskutierende Elemente im Betrieb. Sein Verhalten nahm immer mehr einen feindlichen Charakter an. Es gelang ihm sogar, sich eine breite Plattform im Betrieb zu schaffen und die Belegschaft gegen die Partei und gegen die Betriebsleitung aufzuhetzen.

Als ihn die Partei zur Verantwortung zog und die Frage der Entfernung aus dem Betrieb stellte, trat ein Teil der Belegschaft, unter ihnen auch Genossen, auf Grund des Einflusses des Pietsch dagegen auf. Von einigen Kollegen wurde im Falle einer Entfernung des Pietsch aus dem Betrieb sogar die Frage des Streikes gestellt. Sein Verhalten am 17. Juni bestätigte aber ganz offen, daß es die Partei bei Pietsch mit einem Parteifeind zu tun hatte. Das wurde erhärtet in einer Einwohnerversammlung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland in seiner Heimatgemeinde Putzkau, wo der neue Kurs der Partei und der Regierung erläutert wurde. Dort trat er offen als Provokateur auf, hetzte gegen die Regierung und insbesondere gegen unsere verantwortlichen Genossen in Putzkau. Durch sein Verhalten stachelte er andere negative Elemente zu eben solchen Diskussionen auf.

Anfangs fühlte sich die Grundorganisation nicht in der Lage, das Verfahren zum Abschluß zu bringen. Einige Genossen vertraten den Standpunkt, das Parteiverfahren könne auf Grund des neuen Kurses nicht durchgeführt werden. Die Kreisleitung leitete jetzt die Grundorganisation durch einige Genossen an und überzeugte sie, daß die Auseinandersetzung in der Parteiorganisation des Betriebes geführt werden muß. In der ersten Leitungssitzung, wo die Genossen aus Putzkau mit zugezogen